

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

vierteljährl. 1 R. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Ersteht  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag u. Sonnabend. In-  
scriptionspreis: die Klein-  
seite 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

1881.

Nr. 31.

Sonnabend, den 12. März

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Für die bevorstehende internationale Münzconferenz in Paris hat die deutsche Reichsregierung (nach einer Mittheilung im Berner „Bund“) die Forderung aufgestellt, daß der deutschen Sprache bei den Verhandlungen wie bei der Führung der Protokolle die gleiche Berechtigung wie der englischen und französischen Sprache eingeräumt werde. Diese Forderung hat keine besondere Beziehung auf die Conferenz selbst und ist nicht erst durch diese angeregt; sie entspricht vielmehr der Praxis, wie sie sich in neuerer Zeit im schriftlichen Verkehr der deutschen Regierung mit dem Auslande herausgebildet hat. Die „St.-L. B.“ erinnert daran, daß Fürst Bismarck von vornherein in dieser Richtung thätig war. Bald nachdem er die Leitung des preussischen Ministeriums des Auswärtigen übernommen hatte, traf er die Anordnung, daß allen Regierungen, welche in ihrer Landessprache nach Berlin schreiben, deutsch geantwortet wird, daß dagegen diejenigen Regierungen, welche sich im internationalen Schriftverkehr noch des Französischen bedienen, auch eine französische Antwort erhalten. Was den Schriftverkehr zwischen Deutschland und Frankreich anbelangt, so schreibt das Berliner Auswärtige Amt in Angelegenheiten allgemein internationaler Natur nach Paris französisch, in Angelegenheiten, die nur Deutschland und Frankreich angehen, deutsch.

— Angesichts der Petitionen gegen die Civilehe ist es erfreulich, auch eine Petition von Geistlichen für die Beibehaltung der Civilehe verzeichnen zu können. Sämtliche evangelische Pfarrer von Straßburg haben nämlich eine Eingabe an den Reichstag geschickt, in welcher sie denselben bitten, die obligatorische Civilehe beizubehalten. In der Motivirung betonen sie das Interesse der Kirche selbst und berufen sich auf die Erfahrungen, welche man seit der bald hundertjährigen Einführung des Gesetzes im Elsaß gemacht hat.

— Nach einem Berichte der „Post“ aus Neukettin steht es nunmehr so gut wie fest, daß der Synagogenbrand in dem genannten Orte auf eine Unvorsichtigkeit bei der Tempelreinigung zurückzuführen ist; der Staatsanwalt ist von dort abgereist, nachdem er seine Untersuchung beendete. Alle jene hochgeschraubten Entlastungsartikel, welche von den Blättern einer gewissen Richtung höchst voreilig und vorlaut in die Welt geschickt worden waren, sind demnach hinfällig geworden, sie haben nur gezeigt, mit welchem fanatischen Ueberifer der Umstand benutzt wird, um großen Lärm zu schlagen, und nach der Polizei zu rufen, der man sonst doch gerade nicht wohl will. Man kann sich im Hinblick auf derartige Vorgänge gar nicht wundern, wenn jetzt selbst Blätter, die eine entschieden liberale Tendenz vertreten, sich entrüsten von dem Treiben einer geforderten Preßliquide abwenden. So giebt neuerdings der liberale „Schwab. Merk.“ folgender ihm aus Berlin geschriebenen Betrachtung Raum: „Die bekannte Angelegenheit des Neukettiner Synagogenbrandes hat in hiesigen Kreisen eine lebhaftere Erregung hervorgerufen. Man findet es unerhört, daß ohne Beweis, ja ohne die Spur eines festen Anhaltspunktes, lediglich auf die Thatsache hin, daß in einer Stadt einige Tage vorher ein judenfeindlicher Vortrag gehalten worden ist, der Brand einer Synagoge dem christlichen Volke oder, wie die betreffenden Blätter sich in solchen Fällen auszudrücken belieben, dem „Pöbel“, zugeschrieben wird. Daß die Ursache des Brandes mit der Henrici'schen Rede nicht das Mindeste zu thun hatte, dürfte jetzt feststehen; aber die Sache ist damit nicht zu Ende, sondern man darf sich nicht wundern, wenn sie jetzt erst recht gegenüber den Blättern, welche jenen Vorwurf erhoben und daran sofort Unterdrückungs- und Ausnahmegegesfordernungen knüpfen, zur Geltung gebracht wird. Es ist nicht zu leugnen, daß hier in Berlin die weiter nach rechts stehenden Parteien sich mehr und mehr unter den Zeichen des Antisemitismus zusammenfinden. Sobald auf einschlägige Punkte die Rede kommt, ist hier eine conservative Versammlung kaum mehr von einer antisemitischen zu unterscheiden. Es mag dies an und für sich sehr bedauerlich sein; aber eine Hauptschuld daran tragen dann jedenfalls Diejeni-

gen, welche das leiseste, den Juden unbequeme Worte sofort zur „Judenhetze“ stampeln.“

— Weite Verbreitung verdient eine an die „Tribüne“ gerichtete Zuschrift, welche für die Schadloshaltung unschuldig Verurtheilter eintritt. Ein gewisser Lembach aus Göttingen wurde am 22. Juni 1878 wegen Majestätsbeleidigung zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Heute, nachdem der Unglückliche länger als zwei Jahre in der Gefangenschaft gelitten hat, stellt sich heraus, daß er auf das falsche Zeugniß zweier Personen hin verurtheilt worden ist. Der eine dieser Zeugen war vorbestraft, der andere sah wegen Brandstiftung im Zuchthause. Dies ist, wenn wir nicht irren, der fünfte oder sechste Fall, in welchem nachträglich entdeckt wurde, daß aus Rachsucht abgelegte falsche Zeugnisse in jener Periode schweres Unglück über Unschuldige gebracht haben. (Kürzlich ist in Essen ein ganz ähnlicher Fall vorgekommen.) Jetzt, wo man damit umgeht, der Gesellschaft die Verpflichtung zuzuerkennen, den ohne Schuld im Fabrikbetrieb beschädigten Arbeiter schadlos zu halten, scheint der Gedanke sehr nahe liegend, daß man sich auch des ohne Schuld durch Richterpruch so schwer Betroffenen annehme.

— Oesterreich. Im Schooße der österreichischen Armee beginnt man, der Deutschenhetze gegenüber, Stellung zu nehmen und zu begreifen, welche Gefahren für die Einheit der Armee aus dem Verdrängen der deutschen Sprache aus dem öffentlichen Unterricht erwachsen können. Offiziere, die einer höheren militärischen Ausbildung theilhaftig werden wollen, müssen der deutschen Sprache völlig mächtig sein, und das ist der Grund, warum so wenig Ungarn als höhere aktive Offiziere in der Armee dienen. Sie wählen lieber einen anderen Beruf, als daß sie gegen die großen Schwierigkeiten ankämpfen, die ihnen die nicht vollkommene Kenntniß der deutschen Sprache bei ihrem Fortkommen in der Armee bereitet. Ertrachtet man nun auch in Oesterreich nationale Hoch- und Mittelschulen, in welchen kein Lehrgegenstand in deutscher Sprache vorgetragen wird, woher soll dann die große Anzahl von jungen Offizieren zur „höheren“ Ausbildung nehmen? Die Militär-Zeitung veröffentlicht über diesen Gegenstand einen Artikel, worin sie ausführt, daß, falls die deutsche Sprache aus dem öffentlichen Unterrichte verdrängt werden sollte, kaum zwanzig Jahre vergehen werden, bis es nicht mehr möglich sein wird, die Einheit der Armee, deren Grundlage auf der deutschen Sprache beruht, aufrechtzuerhalten. Was aber die Errichtung einer föderativen Armee für Oesterreich bedeuten würde, das braucht nicht erst gesagt zu werden.

— Frankreich. In Frankreich beherrscht jetzt allein das Geschick der Listenwahl-Vorlage das politische Interesse. Nicht etwa, weil die Frage des Wahlmodus allein die Gemüther erregte, sondern weil man fürchtet, die Listenwahl bedeute die Diktatur Gambettas und die Diktatur wieder bedeute den Krieg. Dem gegenüber ist es interessant zu sehen, wie auch innerhalb der republikanischen Partei die Stimmen sich Gehör zu verschaffen beginnen, welche den blöden Revanche-Dusel in herber Weise verurtheilen. So ist in diesem Augenblick in Paris ein Buch erschienen, welches dort in der ersten politischen Welt großes Aufsehen gemacht und viel Beachtung gefunden hat. Herr Raoul Frary, Redacteur des gemäßigten, republikanischen „National“, — neben dem „Temp“ die einflussreichste Zeitung liberal-republikanischen Charakters — glaubt in seinem Buch: „Die nationale Gefahr“ (Le péril national, Paris, Didier & Cie.) seinem Volke einen Spiegel vorhalten zu sollen, der ohne Schönfärberei der französischen Nation ihr Bild zeigt, wie es porträthäufiger nicht gedacht werden kann. Während es sonst in Frankreich zum publizistischen guten Ton gehört, das eigene Land auf Kosten der Nachbarn zu loben, hält Frary es für ein gefährliches Treiben, dieser Art selbstgefälliger Lüge irgendwelchen Vorschub zu leisten. Auch den Fehler weiß er zu vermeiden, sich einen wohlfeilen Erfolg durch die Herabsetzung der Deutschen zu sichern, indem er etwa unfruchtbar den Haß und Groll in den Herzen seiner Landsleute zu schüren beabsichtigt wäre. Raoul Frary ist ein Realpolitiker, welcher auch von seinem französisch-patriotischen Standpunkte die Dinge nicht

so betrachtet, wie er wohl wünschte, daß sie sich gestalteten, sondern der furchtlos die Situation so ansieht, wie sie in Wahrheit ist. Freilich kennt der Autor seine Landsleute genugsam, um an verschiedenen Stellen sich gewissermaßen zu verteidigen, daß er seine Ausführungen nicht mit Revanche-Gedanken durchtränkt hat, weil er das Gefühl des Hasses für eine unfruchtbare Leidenschaft hält. Im Gegensatz zu vielen seiner zeitgenössischen Politiker ist Frary innerlich nicht von der Ueberlegenheit der französischen Race über die deutsche überzeugt. Im Gegenteil: Er fürchtet Deutschland und die Deutschen und erkennt ihr ethisches Uebergewicht in vielen Dingen an. Diese Anschauung flößt ihm wenn nicht Furcht, so doch Besorgniß für die Zukunft seines Vaterlandes ein, weil er nur zu gut weiß, wie sehr man in Frankreich jederzeit geneigt bleibt, den Gegner zu unterschätzen. Solche Art und Weise zu betrachten, ist für Frankreich ziemlich neu, und wenn sie auch geeignet scheint, unser Selbstvertrauen zu stärken, so kann sie doch auch dazu führen, den Franzosen das willkürliche Herbeiführen eines neuen Zusammenstoßes mit uns von Grund auf zu verleiden. Und von diesem Gesichtspunkte aus möchten wir das vielbesprochene franz. Buch über die „nationale Gefahr“ als ein günstiges Vorzeichen betrachten, daß man in Frankreich nun anfängt, uns Deutschen als Gegnern gerecht zu werden. Diese Gerechtigkeit, welche auf dem Gefühl der Achtung basiert, ist vielleicht der wichtigste Vorstoß der Friedenspropaganda erfolgreichsten Vorstoß zu leisten.

— Die letzten Nachrichten aus Paris bestätigen, daß es Gambetta bisher nicht gelungen ist, den Präsidenten Grévy für das Listenscrutinium zu gewinnen. Der Letztere hat zwar erklärt, daß er und sein Cabinet sich in dieser Frage neutral verhalten werden, doch fürchtet Gambetta den geheimen Einfluß des Präsidenten der Republik, mit dessen Namen sich alle diejenigen republikanischen Deputirten decken, die aus ehrlicher Ueberzeugung, aus Mißtrauen gegen Gambetta oder aus Besorgniß für ihre Mandate der Wahlreform widerstreben. Es wird indeß Gambetta schwerlich gelingen, Grévy zu sich hinüberzuziehen.

— Großbritannien. Die Englische Regierung hat durch die Vornahme von Verhaftungen die erste Probe auf die Ausnahmegeetze für Irland gemacht. Es steht zu hoffen, daß die durch die Ausnahmemaßregeln geschaffene Ruhe nicht die Verpflichtung in Vergeffenheit bringen wird, für die Besserung der agrarischen Mißstände in Irland eilig und nachdrücklich Sorge zu tragen. England hat überhaupt die Verpflichtung, sich auf sich selbst zu besinnen und auch nach außen hin einer Politik Einhalt zu thun, welche jedem Rechtgefühl Hohn spricht. Dem Waffenstillstand mit den Transvaalbauern muß unbedingt die Anerkennung der Selbstständigkeit derselben folgen. Das wäre ein offenes Bekennen eines einmal begangenen Irrthums, und darin allein liegt eine würdige Sühne.

— Rußland. In der russischen Hauptstadt wurde bekanntlich jüngst ein Geheimpolizist entlarvt, der in intimster Verbindung mit dem nihilistischen Revolutionärs-Komitee stand. Ueber die Arretirung dieses schon mehrfach erwähnten Geheimpolizisten und vor Allem über die Art seiner Verbindung mit den Nihilisten verlaute jetzt noch Folgendes: Kleiskalnikow, oder wie sein eigentlicher Familienname sein soll „Kletkin“, gehörte nicht als wirkliches Mitglied der revolutionären Partei an, sondern widmete derselben, für Geld und gute Worte, nur seine Berrätherdienste. In seiner Stellung als Sekretär der Detektiv-Abtheilung mit allen Maßnahmen derselben bekannt, war es ihm selbstverständlich ein Leichtes, die Revolutionäre zeitig von einer ihnen drohenden Gefahr zu benachrichtigen. Außerdem machte er den Mittler zwischen den Arretirten und den in Freiheit befindlichen Anhängern der revolutionären Partei: überbrachte Briefe und Pakete und verschaffte den mit Arretirung bedrohten Personen die Mittel, um ihre Flucht zu bewerkstelligen. Er ging sogar so weit, seine Freunde, die Nihilisten, vor denjenigen Personen zu warnen, die unter dem Deckmantel gleicher Gesinnung sich in ihre Kreise einzuschleichen suchten, um sie zu beobachten. Diesem Umstand wird der schreckliche Tod zugeschrieben, den ein Agent der geheimen Polizei

Januar  
ohannge-  
längel,  
wieder,  
unter dem  
Reißgebote  
3.,  
anden und  
will, hat  
n.

von  
rger.

ilf  
hors.

endel.

enstod

ens.

1881,

2. Male:

Serrn

en.

4 Abtheil-

1881:

Wutter.

mit Gefang

Meysterle.

ngsvoll

Gotho.

Hof.

atabend;

fabend.

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881